

22. März 2019

Beilage 1

Auswertung Anhörung Teilrevision Steuergesetz 2020

1. Parteien

Abkürzungen

CVP (Christlichdemokratische Volkspartei); FDP.Die Liberalen (Freisinnig-Demokratische Partei und Liberale Partei der Schweiz); SVP (Schweizerische Volkspartei); SP (Sozialdemokratische Partei der Schweiz); Grüne (Grüne Partei der Schweiz); GLP (Grünliberale Partei); EVP (Evangelische Volkspartei); BDP (Bürgerlich Demokratische Partei); EDU (Eidgenössisch-Demokratische Union)

	Grundsatz Umsetzung Bundesrecht	Interkantonale Ersatzbeschaffung	Abschaffung der Mindeststeuern für neugegründete Unternehmen	Gesetzliches Grundpfandrecht	Einreichungspflicht Lohnausweis	Rückkaufsfähige Kapitalversicherung mit EP	Erblose Verlassenschaften
CVP (17)	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
FDP (22)	Ja	Ja	Ja	Nein. Auf diesen Perfektionismus ist zu verzichten.	Nein. Zeugt von einem ungerechtfertigten Misstrauen gegenüber den Bürgern.	Ja	Ja
SVP (45)	Ja	Ja	Ja	Nein. Zu starke Sicherung. Belastung des Erwerbers. Bürgschaften und Sicherheiten schränken die unternehmerische Handlungsfreiheit ein.	Nein (zu mehr Bürokratie). Keine Delegation von Verantwortung an Arbeitgebende	Ja	Ja
SP (27)	Ja	Ja	Nein. Auch Jungunternehmen müssen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.	Ja	Ja. Aber Umsetzung mit dem nötigen Augemass (kein Zwang für Kleinunternehmen zu zertifizierter Lohnbuchhaltung)	Ja	Ja
Grüne (10)	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
GLP (7)	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja. Die kleinen Unternehmen dürfen nicht gezwungen werden, ELM anzuwenden.	Ja	Ja

	Grundsatz Umsetzung Bundesrecht	Interkantonale Ersatzbeschaffung	Abschaffung der Mindeststeuern für neugegründete Unternehmen	Gesetzliches Grundpfandrecht	Einreichungspflicht Lohnausweis	Rückkaufsfähige Kapitalversicherung mit EP	Erblose Verlassenschaften
EVP (6)	Ja (basierend auf dem Fragebogen der jEVP)	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
BDP (4)	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein. Bundesgerichtsentscheid ist noch ausstehend.	Ja	Ja
EDU (2)	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein. Mehraufwand für Arbeitnehmer. Einführung erst dann, wenn alle Daten in digitaler Form eingereicht werden.	Ja	Ja

(Fortsetzung Themen)

	Ausstandspflicht	Amtsgeheimnis	Amtshilfe	Beschwerde in öffentlichen Angelegenheiten	Beginn des Verzugszinslaufs bei Nachsteuerforderungen	Änderung des EG ZGB	zusätzliche Bemerkungen
CVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
SVP	Ja	Ja	Nein. Generelle Ermächtigung zu Amtshilfe erachten wir als kritisch.	Ja	Nein. Die geltende Regelung soll beibehalten werden.	Ja	§ 128 Abs. 3 ist zu streichen (keine Organhaftung für Quellschulden).
SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
EVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein. Sofern mehr Informationen betreffend Fälligkeit, könnte allenfalls zugestimmt werden.	Ja	
BDP	Ja	keine Antwort	Ja	Ja	Ja	Ja	
EDU	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	

2. Interessenverbände

Abkürzungen

AIHK (Aargauische Industrie- und Handelskammer); AGV (Aargauischer Gewerbeverband); ANG (Aargauische Notariatsgesellschaft); HEV (Hauseigentümerverband Aargau); EXPERTsuisse (Sektion Aargau); SAG (Steuerfachleute Aargauer Gemeinden); GAV (Gemeindeammänner-Vereinigung des Kantons Aargau); FAG (Finanzfachleute Aargauer Gemeinden)

	Umsetzung Bundesrecht	Interkantonale Ersatzbeschaffung	Abschaffung der Mindeststeuern für neugegründete Unternehmen	Gesetzliches Grundpfandrecht	Einreichungspflicht Lohnausweis	Rückkaufsfähige Kapitalversicherung mit EP	Erblose Verlassenschaften
AIHK	Ja	Ja	Ja	Nein. Prüfung, ob Ziel nicht auch mit weniger Aufwand erreicht werden könnte (zeitgerechte provisorische Rechnungsstellung)	Nein. Arbeitgeber sind nicht Vollzugsgehilfen der Steuerämter. Keine zusätzlichen administrativen Belastungen.	Ja	Ja
AGV	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein. Dies ist eine Pflicht der Arbeitnehmenden und hat mit Digitalisierung nichts zu tun.	Ja	Ja
ANG	keine Bemerkungen	keine Bemerkungen	keine Bemerkungen	Nein. Umfangreiches Argumentarium, weshalb kein gesetzliches Grundpfandrecht (s. Beilage zum Fragebogen)	keine Bemerkungen	keine Bemerkungen	keine Bemerkungen
HEV	Ja	Ja	Ja	Nein. Keine Notwendigkeit der Einführung (stattdessen provisorische Rechnungsstellung)	Nein. Ausdruck des Misstrauens gegenüber dem Bürger	Ja. Aber keine Dringlichkeit	Ja. Aber keine Dringlichkeit
EXPERTsuisse	Ja	Ja	Nein	Nein. Zusätzlicher administrativer Aufwand für Behörden und Steuerpflichtige	Nein. Verfahren hat sich in anderen Kantonen nicht bewährt. Administrative Mehrbelastung für Arbeitgeber und Behörden.	Ja	Ja
Gemein-deschreiber	Ja	Ja	Ja, aber. Mit der Mindeststeuer wird auch von Firmen ein Beitrag an die Infrastruktur geleistet. Allenfalls kürzere Frist von lediglich 2 Jahren.	Ja	Nein. Gemeindegewerksverband ist gegen eine automatische Datenweitergabe.	Ja	Ja
SAG	Ja	Ja	Nein. Mit der Mindeststeuer wird auch von Firmen ein Beitrag an	Ja	Ja	Ja	Ja. Teiler für Kanton und Gemeinden sollte den aktuellen Verhältnissen angepasst werden (je 50%).

	Umsetzung Bundesrecht	Interkantonale Ersatzbeschaffung	Abschaffung der Mindeststeuern für neugegründete Unternehmen	Gesetzliches Grundpfandrecht	Einreichungspflicht Lohnausweis	Rückkaufsfähige Kapitalversicherung mit EP	Erblose Verlassenschaften
			die Infrastruktur geleistet.				
GAV	Ja	Ja	Nein. Auch Start-Ups brauchen die öffentliche Infrastruktur	Ja	Ja	Ja	Ja
FAG	Ja	Ja	Nein. Mit der Mindeststeuer wird auch von Firmen ein Beitrag an die Infrastruktur geleistet.	Ja. Zusätzlich Einführung einer Sicherungssteuer für Kapitalzahlungen.	Ja	Ja	Ja

(Fortsetzung Themen)

	Ausstandspflicht	Amtsgeheimnis	Amtshilfe	Beschwerde in öffentlichen Angelegenheiten	Beginn des Verzugszinslaufs bei Nachsteuerforderungen	Änderung des EG ZGB	zusätzliche Bemerkungen
AIHK	Ja	Ja	Ja. Aber die entsprechende Verordnungsbestimmung soll spätestens in der 2. Lesung bekannt gegeben werden.	Ja	Ja. Aber es bedeutet eine Verschärfung im Vergleich zu den ordentlichen Steuern (Ungleichbehandlung nicht ersichtlich)	Ja	
AGV	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
ANG	keine Bemerkungen	keine Bemerkungen	keine Bemerkungen	keine Bemerkungen	keine Bemerkungen	keine Bemerkungen	
HEV	Ja. Aber keine Dringlichkeit	Ja. Aber keine Dringlichkeit	Ja. Aber keine Dringlichkeit	Ja. Aber keine Dringlichkeit	Nein. Schärfere Verzugszinsregelung bei Nachsteuern als bei ordentlichen Steuern.	Ja. Aber keine Dringlichkeit	
EXPERT suisse	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
Gemeinde-schreiber	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja. Orientierungspflicht für den Steuerpflichtigen.	Ja. Aufteilung der Steuern je 50% Kanton bzw. Gemeinden.	
SAG	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja. Orientierungspflicht für den Bürger in der StGV (zeitgerechte	Ja. Aufteilung der Steuern je 50% Kanton bzw. Gemeinden.	

	Ausstandspflicht	Amtsgeheimnis	Amtshilfe	Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten	Beginn des Verzugszinslaufs bei Nachsteuerforderungen	Änderung des EG ZGB	zusätzliche Bemerkungen
					Information des Bürgers über die drohenden Verzugszinsen)		
GAV	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Für GAV ist es nicht nachvollziehbar, weshalb im vorliegenden Fragekatalog die Umsetzung von zwingendem Bundesrecht abgefragt wird.
FAG	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja. Orientierungspflicht für den Bürger in der StGV (zeitgerechte Information des Bürgers über die drohenden Verzugszinsen)	Ja	

3. Weitere Vernehmlassungen

- Stadtrat Bremgarten
- Stadtrat Brugg
- Lebensraum Lenzburg Seetal
- Gemeinderat Zufikon
- Gemeinderat Dottikon
- Gemeinderat Oberkulm
- Gemeinderat Geltwil
- Gemeinderat Schinznach-Dorf
- Gemeinderat Bözberg
- Gemeinderat Bad Zurzach
- Gemeinderat Böttstein
- Gemeinderat Windisch
- Gemeinderat Endingen
- Gemeinderat Lengnau
- Gemeinde Rudolfstetten-Friedlisberg
- Gemeinderat Laufenburg